

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2 mal täglich, am Montag früh. — Bezugspreis: Halbes monatlich 1.30 M., vierteljährlich 3.50 M., durch Träger und and. Vertretungen frei und Haus monatlich 1.30 M., vierteljährlich 4.50 M., durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M., ohne Postgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolajstr. 11. (Telefon Nr. 2015, 2016, 2017). — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Oester-Preussen 2 Pf., Mecklenburg 1.-M.; außerhalb 30 Pf., Mecklenburg 1.50 M., Mecklenburg u. Rostock laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 604

Mittwoch, 27. November 1918.

72. Jahrgang.

Aussicht auf bürgerliche Einigung in Wiesbaden.

Im vollbesetzten großen Saal der Turngesellschaft fand gestern Abend die Gründungsversammlung der deutschen demokratischen Partei statt. Justizrat Alberti, der Vorsitzende der Versammlung, rief in seiner einleitenden Rede mit, daß der Vorstand der neuen Partei erst in 14 Tagen gewählt wird; bis dahin werde der Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei die Geschäfte der neuen Partei führen. Rektor Breidenstein ging in längeren, von warmem Beifall begleiteten Ausführungen auf das Programm der neuen Partei ein. Er betonte vor allem den deutschen Charakter der Partei gegenüber der internationalen falschen Sozialdemokratie. Das Wesen seiner Darlegungen bildete die scharfe Trennungslinie, die er zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie zog. Ganz entschieden wandte er sich gegen die Klassenherrschaft und gegen die Sozialisierungsverträge im Wirtschaftsleben. Der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens sei nimmals ohne den privaten Unternehmungsgeist, die deutsche Industrie und der deutsche Handel möglich auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig werden. Die Arbeiter- und Soldaten-Räte seien nicht die Vertreter des ganzen Volkes, die Nationalversammlung müsse schleunigst einberufen werden; es schmele fast, als ob die Sozialdemokratie Jucht habe, die Nationalversammlung einzuberufen. Berlin, in dem die Elemente der Straße beherrschen, die von der Revolution leben, dürfe keine Diktatur über das Reich aufrichten. Der Redner streifte kurz die Gründungsgeschichte der neuen bürgerlichen Parteien. Er hoffe, daß die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf Schulter an Schulter stehen, und daß in diesem Kampf mit anständigen Mitteln und nicht in den allen widerlichen Formen gefochten werde. Die Aufnahme von Konservativen in demokratische Parteien sei wohl möglich, doch nicht die Aufnahme der Sozial-Konservativen.

Diese Ausführungen des Herrn Rektors Breidenstein fanden auch unseren Beifall. Sie entsprechen genau dem, was die „Wiesbadener Zeitung“ seit dem Tage des Umsturzes immer und immer wieder ausgesprochen hat; denn es war es ja, die täglich erneut das Bürgertum zur Sammlung aufgerufen hat. Es ist unseren Lesern bekannt, daß auch die nationalliberale Parteileitung in Wiesbaden im Sinne einer solchen Einigung mit dem Vorstande der Fortschrittlichen Volkspartei schon vor fast zwei Wochen in Verbindung getreten ist. Nach dieser Rede scheint uns eine Einigung ohne Schwierigkeiten herstellbar. Wenn die Zielannahme des Herrn Breidenstein der Gedankenrichtung des Vorstandes der Fortschrittlichen Volkspartei bzw. der Deutschen demokratischen Partei in Wiesbaden entspricht, können wir wenigstens keinen Grund mehr erkennen, der einer Einigung der weitesten bürgerlichen Kreise in Wiesbaden entgegensteht. Bei dem Kampf um Sein oder Nichtsein der bisherigen bürgerlichen Gesellschaft, der in den Reihen zur Nationalversammlung ausgefochten werden wird, begreifen wir die durch die geistige Versammlung gewonnene Aussicht auf eine großzügige bürgerliche Einigung, von der allein ein Heil zu erhoffen ist.

Wie die Spartakusleute arbeiten.

Hamburg, 27. Nov. (Eig. Tel.) Laut Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Ztg.“ geht das sozialdemokratische Hamburgen „Echo“ auf die schon seit längerer Zeit umlaufenden Gerüchte ein, daß in den Kreisen der Marine-Soldaten eine eifrige Tätigkeit entfaltet wird, kein Schiff in die Werften zu bringen, das zur Fahrt nach Amerika für Lebensmitteltransporte nach Deutschland bestimmt ist. Diese Aktion soll ein terroristisches Druckmittel sein, um den Anschluß der Regierung und der Allgemeinheit an die Diktatur der Spartakusgruppe zu erzwingen.

S. Berlin, 27. Nov. (Eig. Tel.)

In Groß-Berlin streifen 150 000 Arbeiter.

Walz wieder ausgeschieden.

Berlin, 27. Nov. (Amlich.) Das Mitglied des Volksrats Walz ist gestern ausgeschieden. Die ihm vom Volksrat erteilte Vollmacht, insbesondere auf Gegenzeichnung der Erlasse des Kriegsausschusses, ist erloschen.

Der Kaiser.

London, 27. Nov. (Wolff-Tele.) Reuters erfährt, daß das Kriegskabinett den Reichspräsidenten der Krone den Auftrag gegeben habe, über die Frage der jetzigen Stellung des deutschen Kaisers und über die Reichsfrage des Volkes Bericht zu erhalten.

Keine Besetzung von Frankfurt.

Frankfurt a. M., 27. Nov. (Wolff-Tele.) Dem Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat ist auf eine Anfrage bei der Reichsregierung folgende Antwort ergangen: Das verbreitete Gerücht, daß die Franzosen Frankfurt besetzen, entbehrt jeder Begründung. Verhandlungen schweben, daß Frankfurt mit sämtlichen Vororten der neutralen Zone einverleibt wird. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird mitgeteilt, sobald die Antwort hier eintrifft.

Der Rückzug der deutschen Heere.

Schilderungen eines Amerikaners. Bern, 26. Nov. Von einem Berichterstatter des amerikanischen Pressebüros bei einer Sonderkommission der amerikanischen Armee wird unter dem 22. November erzählt, daß die Deutschen, die große Vorräte an Lebensmitteln und Munition mit sich führen, durch das schnelle Vordringen der amerikanischen Abteilungen an der luxemburgisch-deutschen Grenze überrollt worden seien. Während die deutschen Truppen auf dem einen Ufer des Flusses durchzogen, konnten sie die Amerikaner auf dem anderen Ufer des Flusses marschieren sehen. Daraus sahen die Deutschen einige Offiziere zurück, um die Amerikaner zu ersuchen, nicht so schnell voranzurücken, da es den Deutschen unendlich sei, so rasch abzumarschieren, ohne in Unordnung zu geraten. Es blieb den Amerikanern nichts anderes übrig, als ihre Bewegungen zu verlangsamen. Der Bericht schließt folgendermaßen: Die allgemeine Ansicht des deutschen Kriegsvolkes ist, die besetzten Gebiete ohne Tumult zu verlassen. Die Transportverwirrung scheint zu Ende zu sein. Trotz der Niederlage scheinen die Deutschen guter Dinge zu sein. Die abziehende Armee läßt wenig Ausrückungsgegenstände zurück und führt beim Rückzug Marschlieder. Der allgemeine Eindruck herrscht vor, daß obgleich geschlagen, die Deutschen nicht besiegt sind. Ihre Haltung den Amerikanern gegenüber ist unmutig. Nach allen Berichten und trotz der revolutionären Gerüchte gehören die Truppen ihren Offizieren und es ist wenig von Unordnung zu sehen. Lebensmittel scheinen unter den deutschen Truppen in Menge vorhanden zu sein. Man hat hier den Eindruck, daß die Besetzung des deutschen Gebietes friedlich verlaufen wird, und daß die Amerikaner nicht wünschen, ihren Einmarsch in Deutschland bedrückend zu gestalten. Es bestehen wenig Anzeichen, daß das Ueberdrehen der Grenze Unruhen hervorzurufen wird.

Frankfurt a. M., 27. Nov. (Wolff-Tele.)

Die 5. Armee unter General v. d. Marwitz in der Stärke von ungefähr 500 000 Mann sollte bisher ihren Rückmarsch programmgemäß und in bester Ordnung bei geordneter Verpflegung fort. Am 27. November werden die Spitzen der Armee den Rhein zwischen Mainz und St. Goar erreichen und den Fluß auf den Brücken bei Mainz, der Hindenburgbrücke bei Weissenheim und der Pontonbrücke bei St. Goar überschreiten. Der Weitermarsch wird dann über Frankfurt, Groß-Gerau, Siebrich und Rodstätten erfolgen.

Der Verkehr mit Elsaß-Lothringen.

Strasburg, 25. Nov. Nach einer Meldung der Agence Havas hielt Marschall Petain, von General Gohelmann begleitet, heute seinen feierlichen Einzug in Strasburg an der Spitze der Armee Goutraud.

Bern, 26. Nov.

Der französische Kommissar in Strasburg, Marinquer, erklärt laut „Petit Parisien“ mehreren alliierten Pressevertretern gegenüber ausdrücklich, daß das komplizierte und delicate Instrument der deutschen Verwaltungsmaschine, wie es bisher in Elsaß funktionierte, nicht ohne weiteres umgeworfen werden könnte. In demselben Sinne verlannt der frühere Reichstagsabgeordnete Weiss im „Petit Parisien“, daß die deutsche Verwaltung im Elsaß vorläufig beibehalten und die deutschen Beamten lediglich durch französische ersetzt werden sollen.

Berlin, 27. Nov. (Wolff-Tele.)

In der gestrigen Sitzung der Waffenstillstandskommission teilte der französische Vorsitzende ein Telegramm folgenden Inhalts mit:

Auf Befehl von Marschall Foch verkehren die Züge in Elsaß-Lothringen entsprechend dem Fortschreiten der französischen Truppen bis zu den Vorkontrollposten; diese dürfen weder in der einen, noch in der anderen Richtung überschritten werden, ausgenommen sind Lebensmitteltransporte. Eine Regelung des Personenverkehrs folgt. Dringlich ist die Herbeischaffung der notwendigen Mittel für die Industrie in Elsaß-Lothringen. Dies gilt besonders für Rost aus der Industrie für Diederhöfen, deren Heranschaffung seit dem 19. November bereits zugelassen ist. Der Telegraphen- und Telefonverkehr nach Lothringen ist bereits wieder zugelassen. Es darf damit gerechnet werden, daß im Laufe der nächsten Tage weitere Erleichterungen im Verkehr mit Elsaß-Lothringen zu erwarten sind.

Die deutsche Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Zur Vorgeschichte des Krieges.

Bethmann Hollweg über die bayrischen Veröffentlichungen. Berlin, 27. Nov. (Eig. Tel.) Der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat sich gestern gegenüber einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Ztg.“ über die bayrischen Veröffentlichungen u. a. wie folgt geäußert: „Mir scheint, daß man der Wahrheit keinen Dienst erweist, wenn man Bruchstücke aus Aften herausgreift und aus ihnen Schlüsse auf das Gesamtmaterial (über die Vorgänge beim Ausbruch des Krieges) zieht wie es in einem Teil der Presse bereits geschieht. Die bisherigen Veröffentlichungen der bayrischen Regierung beziehen sich lediglich auf den österreichisch-serbischen Konflikt und auf unsere Stellung dazu, berücksichtigen also weder die Gesamtsituation noch die Fragen, die sich an den Konflikt mit Serbien angeschlossen haben. Es ist vollkommen richtig, daß wir Oesterreich beigegeben haben, als es nach dem Attentat von Sarajewo ein Vorgehen gegen Serbien für nötig erklärte, und daß wir uns auch zur Erfüllung unserer Bundespflichten ausdrücklich bereit erklärten, falls sich Komplikationen ergeben sollten. Allerdings haben wir den Wortlaut des Ultimatums vor seiner Absendung nicht gekannt. Die gegenseitigen Behauptungen sind jedenfalls, soweit meine Person in Betracht kommt, unrichtig. Auch ich habe das Ultimatum für zu scharf gehalten.“

Pariser Vorbereitungen zu Friedensverhandlungen.

Bern, 26. Nov. In Paris beginnt man mit den Vorbereitungen zur Unterbringung der verschiedenen Friedensdelegationen. Die deutsche Delegation soll nicht in Paris selbst, sondern in unmittelbarer Nähe von Paris untergebracht werden. Mehrere große Hotels sind für die alliierten Delegationen in Paris bereits geräumt worden.

Die englische Flotte in deutschen Häfen.

Berlin, 27. Nov. (Eig. Tel.) Nach Londoner und Pariser Meldungen ist mit dem Einlaufen der englischen Flotte auch in östpreussische Häfen zu rechnen, um die eventuelle Anwesenheit von nicht abgerückten deutschen Kriegsschiffen und Unterseebooten festzustellen. Die Londoner „Times“ schreibt am Montag von preussischen Ostseehäfen als Basis für die Strafexpedition nach Rußland.

Bedrohung Münchens?

K. Zürich, 27. Nov. (Eig. Tel.) Der „Corriere“ meldet, daß italienische Truppen für die Besetzung Wiens abgezogen sind, und droht mit der Besetzung Münchens.

Kundgebungen des Vollzugsausschusses bei der Obersten Heeresleitung.

An alle Arbeiter und Soldatenräte der Heimat. Kameraden und Arbeiter!

Jeder Tag bringt uns neue Beweise der Herzlichkeit, mit der Ihr unsere heimlebenden Kameraden empfangt. Glaubt unseren Dank! Leider begegnen aber unsere Brüder in einzelnen Städten einem gewissen Mißtrauen. Man fürchtet, sie würden den Ertrugenschaften der Heimat feindlich gegenüber.

Kameraden und Arbeiter! Nicht ist weniger beabsichtigt als eine derartige Beschränkung, denn das Feldheer stellt sich rückhaltlos auf den neuen Boden und dankt allen in der Heimat für die geschaffene neue Heimat. Nie und nimmer werden die Feldtruppen der Reaktion die Hand bieten. Ein Mann nur kann behaupten, daß die Einigung der alten Gewalt herbeiwünschten, unter der gerade sie so schwer gelitten haben. Das Feldheer will Ruhe und Frieden. Daher bitten wir alle Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat auf Dringliches, die heimtückenden Truppen in jeder Weise zu unterstützen. Brüder vergeht keine Stunde die ungeheure Gefahr, in der wir schweben! Jeder Einzelne muß das Heubrot aufbieten, um zur Ruhe mitzuwirken! Es darf nicht zu einem Zweifelsfall zwischen den Frontsoldaten und den Heimaträten kommen. Wir haben die Freiheit! Aber nur Freiheit erhält sie uns! Vereinzelt bringen Klagen zu uns, daß Arbeiter- und Soldatenräte in Verleumdung der Lage zurückkommenden Truppen Wagen, Betriebsstoffe und Geräte abnehmen und die Lösung der ungeheuren, schweren Aufgaben des Rückmarsches hemmen. Noch ist es Zeit! Noch können wir Frieden, Brot und Freiheit sichern! Aber Mann für Mann muß einsteigen für Vernunft und Ordnung! Nur dann kann es glücken, nur dann!

Der Vollzugsausschuss des Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung.

An die Soldatenräte des Feldheeres.

Kameraden! Endlich stehen wir wieder auf heimatischem Boden. Unzählige Felder haben wir in langen Kriegsjahren ertrugen. Ein anderes Vaterland nimmt uns auf. Das alte, das uns in den größten Krieg erlitten, besteht nicht mehr. Die alte Ordnung der Gewalt ist gebrochen. Eine neue Ordnung bildet sich, aber ungeheure Gefahr bedroht sie. Werden wir eine Heimat haben oder wird sich Deutschland in eine Trümmerstätte verwandeln? Das ist die Frage, die in aller Herz-

zen brennt! Das Feldheer, und mit ihm das ganze deutsche Volk, verlangt vor allem nach Frieden, nach Arbeit und Brot, nach Demokratie. Wir wollen Frieden! Frieden kann nur werden, wenn der innere Friede gesichert ist, wenn wir alles vermeiden, was uns zum Brüderkampf unter uns selbst führen könnte. Darum darf es nicht sein, daß einzelne Schichten unserer Brüder auf immer von den Regierungsgeschäften ausgeschlossen werden. Alle sollen ihre Stimme mit zur Geltung bringen können. Das kann nur in der alsbald unter Mitwirkung des Feldheeres einuberufenen Nationalversammlung geschehen. Die neue Regierung Ebert-Daase hebt auf demselben Boden. Darum müssen wir sie unterstützen.

Wir wollen Arbeit und Brot! Wir wollen aber nicht um den wirklichen Wert unserer Arbeit betrogen werden. Daher fordern wir die Sozialisierung aller hierzu reifen Großbetriebe und den achtstündigen Maximalarbeitsstag. Dagegen muß die Aufrechterhaltung der geordneten Produktion auf alle Fälle sichergestellt werden. Es kann nicht über Nacht das ganze Wirtschaftsleben auf den Kopf gestellt werden, weil dadurch die Produktion, wie in Rußland, auf lange Zeit lahmgelegt und unter Volk einer Hungernot ausgeliefert würde.

Ferner verlangen wir eine ausbreitende Unterstützung der Arbeitslosen und einen weiteren Ausbau der Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Die neue Regierung ist, wie ihr Programm zeigt, gewillt, durch entsprechende Vorkehrungen das Los des arbeitenden Volkes zu erleichtern, und da sie sich aus Männern zusammensetzt, die immer für die arbeitenden Schichten und gegen deren Ausbeutung gewirkt haben, können wir vertrauen, daß sie nichts unterläßt, unsere Lebensinteressen zu wahren.

Wir fordern Demokratie, weil sie alle Kräfte des Volkes vereinigt. Nur eine Regierung, die aus dem Willen des Volkes selbst hervorgeht, wird die Macht haben, alle jene Maßnahmen durchzuführen, die unsere Lebensbedingungen bessern. Diese Macht hat der alten Regierung gefehlt. Daher hat sie einer neuen sozialistischen Weichen müssen, die bereits mit lauter Hand eingegriffen und einen großen Teil der alten, drückenden Schranken auf immer gebrochen hat. Der Belegungsstand ist aufgehoben, das freie Vereins- und Versammlungsrecht ist durchgeführt, alle wegen politischer Vergehen Festgenommenen und Verurteilten sind freigelassen und die früheren Arbeiterkammerbestimmungen sind wieder in Kraft gesetzt worden. Auch sonstige, in unser aller Leben einschneidende Reformen sind bereits verwirklicht worden, aber ganz richtige Arbeit muß noch geleistet werden, wenn nicht gerade die Arbeiterbevölkerung auf Jahrzehnte hinaus unter den Folgen des unheilvollen Krieges schmachten soll.

Kameraden! In Not und Tod seid ihr bewährt! Für die alte Gewalt habt ihr Euer Blut gegeben. Jetzt gilt's: Die neue Heimat! Entschidet Euch! Die Stunde fordert es. Der Volkswirtschaftsausschuss des Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung.

An den Gouverneur von Kiel, Herrn Reichstagsabgeordneten Koske.

Wir begrüßen lebhaft die Kundgebung der Kameraden von der Marine und schließen uns der von ihr aufgetragenen Entrüstung gegenüber den Vorgängen in Berlin rückhaltlos an. Wir verurteilen mit ihnen aufs Schärfste das Treiben gewisser Minderheiten, weil wir darin die größte Gefahr für die Errungenschaften der Revolution und den Bestand des Reiches erblicken. Ebenso sind wir mit den Matrosen in Kiel eins in dem Wunsch nach einer Nationalversammlung, die alsbaldig unter Mitwirkung aller noch unter den Waffen Stehenden einuberufen ist. Bis dahin hatten wir es für unsere Pflicht, die Regierung Ebert-Daase mit allen Mitteln zu unterstützen.

Der Volkswirtschaftsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung.

Kurze politische Nachrichten.

Die Trennung von Staat und Kirche.

Ein Telegramm aus dem Kultusministerium an die Rheinische Zeitung demontiert auf einschneidendste die Gerüchte, wonach die Trennung von Kirche und Staat durch bloßes Dekret unverzüglich durchgeführt werden sollte. Es sei Gewähr dafür gegeben, daß nichts geschehen werde ohne loyalste Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen und Empfindungen der kirchlich denkenden Kreise des preussischen Volkes. Eine offizielle Mitteilung des Ministeriums erfolgt nächster Tage.

Rehabilitation des Pfarrers D. Traub in Dortmund.

Wie der Vorsitzende des Berliner Oberkirchenrats dem D. Traub „gerne“ mitgeteilt, hat derselbe am 15. November beschlossen, ihm „die Rechte des geistlichen Standes wieder beizulegen“. Wir freuen uns, daß damit das dem großen Patrioten und tapferen Theologen durch seine Amis-enthebung vor einigen Jahren angetan Unrecht wieder gutgemacht worden ist, aber welche Fronte der Geistesliche, wenn man bedenkt, daß fast um dieselbe Zeit der Zehngebote-Hofmann in das Kultusministerium (!) eingetreten ist.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 27. November.

Die Besatzungstruppen.

Es sieht nun ziemlich fest, daß die Engländer Köln, die Amerikaner Koblenz und die Franzosen Mainz besetzen werden. Dadurch wird wohl auch Wiesbaden französische Besatzung erhalten.

Hilfsorga für Kriegsteilnehmer. Die infolge der Demobilisation heimkehrenden selbständigen Handwerker werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen die nachgenannten Stellen im Bedarfsfall zur Verfügung stehen: 1. Die Handwerkskammer im allgemeinen und bei Kreditbeziehungsweise Darlehensfragen. 2. Das Handwerksamt zu Wiesbaden für Wiesbaden und Umgebung; bei Einziehung von Forderungen, bei Ordnung der Vermögensverhältnisse durch Verhandlungen mit Gläubigern, Einführung der Geschäftsaufsicht usw. 3. Die Kreisverbände des Gewerbetreibenden für Nassau; wie zu Ziffer 2, für die übrigen Kreise des Kammerbezirks mit Ausnahme von Frankfurt. 4. In Frankfurt wenden sich alle in Frage kommenden Handwerker am besten an die Nebenstelle der Handwerkskammer „Handwerksamt“ zu Frankfurt a. M., Soal-gasse 3. Wir empfehlen, von diesen Stellen im Bedarfs-falle Gebrauch zu machen. Wo ein Zweifel besteht, wende man sich an die Handwerkskammer. Wer einer Innung angehörit, der wende sich am besten zunächst an den Innungs-vorstand, wo er nach Möglichkeit Rat und Hilfe finden wird. Wer ist der Unbekannte? Im Walde bei Engenhahn wurde am Montag Abend ein Mann in bemühtem Zu-

stande aufgefunden, der nach der Bürgermeisterei Engenhahn gebracht wurde, wo er sich bald etwas erholte. Er gab an, Johann Jung zu heißen und in Wiesbaden, Moritzstraße oder Mauritiusstraße Nr. 7, zu wohnen. Er sei verheiratet und habe Kinder. Die hier angeforderten Ermittlungen haben ergeben, daß in keinem der bezeichneten Häuser ein Johann Jung angemeldet oder bekannt ist bzw. vermißt wird. Der Mann ist etwa 50 Jahre alt. Mitteilungen, die über die Persönlichkeit des Unbekannten Aufklärung schaffen können, werden von der hiesigen Kriminalpolizei erbeten.

Strahnenbahn nach Mainz. Laut Mitteilung des Gouvernements Mainz wird am 28. und 29. November die Mainzer Brücke von vormittags 7 1/2 Uhr bis nachmittags 1 Uhr für den Verkehr gesperrt sein. Die Wiesbadener Strahnenbahnwagen fahren deshalb nur bis Rastel, Wiesbadenerstraße. Im übrigen wird aber der Verkehr wie sonst im vollen Umfang aufrechterhalten.

Eigentümer gesucht. Dem wurde auf dem Kirtelberge in den letzten zwei Monaten Wäsche, und vom wurde Kerker in der Alexandrastraße vom Balkon eine gestohlene Tischdecke gestohlen? Die Eigentümer werden erbeten, sich am Zimmer 4a der Kriminalpolizei zu melden.

Gestohlen wurde am Montag im Laden der Bäckerei Waldauer ein schwarzemelierter Damenwintermantel, der einer dort tätigen Verkäuferin gehört. Die Diebstahlschuld hat für die Wiedererlangung eine gute Besohnung ausgesetzt.

Gestohlene Fahrräder. In den letzten Tagen wurden hier zwei Fahrräder, Marke Victoria Nr. 120 270, gestohlen. Anhaltspunkte über den Verbleib an die Kriminalpolizei erbeten.

Geschloßten aufgefunden wurde am Montag morgen in den Parkanlagen am Warmen Damm ein Hund (Espaniol), der seinem Besitzer entlaufen war und einen Wert von 300 Mark hat. Sachdienliche Mitteilungen über den Täter an die Kriminalpolizei erbeten.

Einbruchdiebstahl. In einem Grundstück im Distrikt „Drei Weiden“ wurden zwei Flegeln und vier junge Schweine gestohlen, nachdem sie am Tatort geschlachtet worden waren. Die Tiere gehörten einem Arbeiter, der durch den Verlust schwer betroffen wird.

Ein breiter Beitrag wurde dieser Tage in der Garderobe des Regimentswalastes von einem Feldgrauen verübt. Der Mann beobachtete, wie zwei Damen ihre Lederkleider abgaben, und ließ dann seine Hände ausstrecken, als ob er zu den Damen gehöre. Später kam er wieder und ließ sich sämtliche Garderobstücke ausbilden. Auf diese Weise legte er sich in den Besitz eines grünfarbigen langen schweren Wintermantels mit Trauerschleier am linken Arm, eines gelben Wintermantels und eines grauen Schulter-pelzes mit Kopf, worauf er verschwand. Ein Hut, den er sich schloß mitgenommen, aber im Hofe verloren hatte, wurde wiedergefunden. Mitteilungen, die zur Ergründung des Täters führen können, an die Kriminalpolizei erbeten.

Standesamt-Nachrichten vom 27. Nov. Sterbefälle: Am 25. Nov. Karl Petrus, Privatier, 60 Jahre. Am 26. Nov. Frau Pauline Rehorst Bwe, geb. Engel, 60 Jahre; Frau Deseine Erdmann geb. Lottenbach, 40 Jahre; Frau Wilhelmine Ringelstein geb. Krenn, 59 Jahre; Frau Amalie Striebl Bwe, geb. Busch, 72 Jahre. Am 27. Nov. Margarete Reumann, Stickerin, 22 Jahre; Pauline Mohr, Rentnerin, 80 Jahre; Frau Elisabeth Keurer geb. Schud, 42 Jahre.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge, usw.

Reisenden-Theater. Samstag nachmittags 3.30 Uhr findet die erstmalige Aufführung des reisenden Reichsstadt-märchens „Mondelchen oder im Haubereich des Ostbräu“ statt von Max Müller (dem Verfasser des vorjährigen so erfolgreichen Weihnachtsmärchens „Reißer Pflanz“) mit der Musik von H. D. Watten. In Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Gold, Paula und Andree Duvart und die Herren: Bunge, von Naxar und Lange-Lüderis. Die Spielstätte hat Herr Brühl. Der Vorverkauf beginnt Donnerstag, Samstag abend 7 Uhr gelangt um 5. Male die mit so starkem Beifall aufgenommene feine Komödie „Blauholz“ von Hans Derrera zur Aufführung.

Das Herrnsfeld-Theater aus Berlin hat mit der Direktion des hiesigen Volks-Theaters für die Zeit vom 17. bis 31. Dezember ein Gastspiel abgeschlossen.

Frauenversammlung. Ein außerordentliches Interesse gibt sich in allen hiesigen Frauenkreisen kund für die öffentliche Aufklärungsveranstaltung, die am Sonntag abend 8 Uhr im großen Saale der Turngesellschaft Schwabacher Str. 8, stattfindet. Der Rednerin, Dr. Olga Reichowitsky, steht ein guter Ruf voraus. Wir verweisen auf die Anzeige und Plakate.

Die Philosophische Fakultät der Universität Sieben veranlaßt noch im laufenden Semester besondere Kurse für Kriegsteilnehmer. Es sollen Ergänzungskurse für Studierende mit Notstandsbescheinigung, Einführungskurse für Anfänger und Wiederholungskurse für Fortgeschrittene je nach Bedürfnis eingerichtet werden. Näheres lassen die Ankündigungen am schwarzen Brett der Universität. Besondere Ferienkurse sind in Aussicht genommen.

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie.

Dienstag Vormittag.

15 000 M. auf Nr. 111 400. 5 000 M. auf Nr. 34 874 97 321 191 505. 3 000 M. auf Nr. 10 541 11 427 12 050 14 896 17 402 21 431 27 061 27 335 29 978 38 429 38 781 41 659 52 404 65 028 74 156 74 673 84 800 85 015 87 699 98 024 99 986 103 501 104 488 116 487 118 056 122 886 125 002 128 401 132 806 160 510 163 804 164 715 173 065 174 262 182 700 193 120 194 700 215 379 210 108 223 008 227 483.

Dienstag Nachmittag.

5 000 M. auf Nr. 61 531 213 256. 3 000 M. auf Nr. 94 051 11 670 14 480 15 720 23 456 45 878 50 915 52 681 52 758 55 800 61 539 65 145 75 112 75 187 92 757 97 122 100 436 103 534 115 024 127 508 152 614 153 904 159 886 144 492 145 694 146 494 149 110 159 707 160 403 168 265 177 993 178 943 179 245 184 918 187 195 192 447 225 576 228 396 230 502 253 774.

Die vollständige Gewinnliste kann in unserer Hauptauslosungsstelle, Nikolastraße 11, und bei unseren Filialen, Mauritiusstr. 14, Schulgasse 2, Drankon-Edle Herderstraße, Bismarckring 23 und Weißbergstr. 1, eingesehen werden.

Sport.

Freiherr E. M. v. Lypenheim steht mit einer Gewinnsumme von 704 655 M. dank der Erfolge von „Prunus“, „Marmor“ und „Starabac“ auch in diesem Jahre wieder an der Spitze der erfolgreich gewesenen Klatschrennkämpfer vor Herrn R. Hantel (681 445), die Herren A. und G. von Weisberg (507 175), den Gebrütern Bradly (281 285) und And-lingshagen (256 955) sowie vor Herrn H. Stempel (226 050), dem Gebrütern Weill (198 350), Herrn Friedländer (185 220), dem Stall Holsendorf (159 820), Herrn D. Rühmeyer (155 600), Herrn H. v. Schmieder (149 120), Rittmeister E. Liebrecht (131 855), Herrn v. Opel (103 875) und Herrn Heinz Stahl (101 170 M.).

Das erfolgreichste Klatschrennpferd war in der ver-flossenen Rennzeit der dreijährige „Prunus“ mit einer Ge-winnsumme von 216 850 M. vor seinem Stallgefährten „Mar-

mor“, der das Derby gewann und 211 400 M. zusammen-galoppieren konnte. Es folgen dann „Traum“ (120 900), „Perle“ (111 450), „Orilus“ (108 600), „Starabac“ (103 720) und „Polefiro“ (101 725 Mark) mit einer schätzbaren Gewinnziffer.

Volkswirtschaft.

Umwandeln fremder Geldsorten. Das Reichsministerium hat mit dem Zentralverband der deutschen Banken, des Bankens-averbes und einer großen Anzahl von Banken ein Abkommen getroffen, demzufolge den heimkehrenden deutschen Soldaten die in fremden Geldsorten erhaltenen Guthabens-scheine an den Schaltern dieser Banken kostenfrei zu den amtlichen Währungen eingewechselt werden. Die Kurse sind bis auf weiteres: 1 österreichische Krone = 0,57 M., 1 bulgarischer Lev = 0,80 M., 1 rumänischer Leu = 0,69 M., 1 finnische Mark = 0,80 M., 1 polnische Mark = 1 M., 1 Ober-Ost-Rubel = 2 M., 1 russischer Rubel = 1 M. (alle Sorten), 1 italienische Lira = 0,54 M., 1 bel-gischer Franc = 0,80 M., 1 französischer Franc = 0,80 M. (franz-ösisches Stadtblat = 0,75 M.), 1 türkisches Pfund = 20 M. Banken und Bankgeschäfte, die vom Reichsministerium, von dem Berliner Hauptverband oder vom Zentralverband des Bankens-averbes noch nicht benachrichtigt worden sein sollten, erhalten auf Anfrage nähere Auskunft von der Zweigstelle der General-Kreisbank in Berlin, Werderischer Markt 2/3.

Schriftleitung: Herward Grodus.

Verantwortlich für deutsche und auswärtige Politik: H. Grodus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Zeit-sch. E. Eißendörger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: L. B. Hans Hünner; für die Anzeigen: Joh. Beckler, sämtlich in Wiesbaden.

Truck-Verlag der Wiesbadener Verlag-Gesellschaft G. m. b. H.

Wetterbericht der Wetterdienststelle Weilburg.

Voraussichtliche Witterung für Donnerstag, 28. Nov.: Meist trübe und vielach neblig, vielerorts Niederschlag. Wasserstand. Caub leicht, Weilburg 1,20 Meter.

Rote Kreuz-Geld-Lotterie

Ziehung 6.-11. Dezember Hauptgewinn: 100.000 Mk. Lose sind noch erhältlich bei Lotterie-Einnehmer Glückliche Wilhelmstr. 56 - Telefon 6556.

Familien-Ausflüchte

über Vermög., Ruf, Char., Vorleben allerorts Beobacht., Ermittlung. in Ehe, Alimentat., Zivil- und Strafprozessen, zuber-lireng reel. Wöhrer. erhe-Praxis. Kostenl. Ratfchl. und Anfr. unaufl. Kunert, Weidestefan-Ausflüchte „Globe“ Berlin W35 Potsdamerstr 118

Neuordnung in der Brotversorgung.

1. Die am 24. September 1918 geänderten Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über die Regelung des Verbrauchs von Mehl und Brot in Wiesbaden vom 3. Mai 1917 werden aufgehoben und durch folgende ersetzt:

Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über die Regelung des Verbrauches von Mehl und Brot in Wiesbaden vom 3. Mai 1917.

Zu § 2. Infolge der Heraushebung der den Brotbezugsberechtigten zu-stehenden Mehlmengen um 40 Gr. je Kopf und Tag, gelangen vom 2. Dezember 1918 ab 1770 Gr. Mehl oder 2400 Gr. Brot in 2 Loiben je 1200 Gr. als Wochenmenge zur Verteilung.

Zu § 4 (Schwerarbeiterszulagen).

Die vorstehend gewährte Erhöhung von 40 Gr. je Kopf und Tag wird auf die bisher gegebenen Schwerarbeiterszulagen in An-rechnung gebracht. Es erhalten demnach an Zulagen wöchentlich: Schwerarbeiter (S 3) 1/2 Wochenmenge = 1 Loib Brot v. 1200 Gr. Schwerarbeiter (S 2) 1/2 Wochenmenge = 1/2 Loib Brot v. 300 Gr. werdende Mütter (M) 1/2 Wochenmenge = 1/2 Loib Brot v. 300 Gr. Die bisher gewährte Zulage für Minderbeschäftigte (S 1) wird durch vorstehende Erhöhung der Mehlration um 40 Gr. mehr wie ausgedrückt und fällt deshalb fort.

Zu § 6.

Mehl anstatt Brot darf nur in der Mischung des Kri-stbrottes bezogen bzw. abgegeben werden.

Zu Absatz Reifebrotmarken.

Im Umtausch können Reifebrotmarken von 300 Gr. Brot je Kopf und Tag bezogen werden.

II. Verordnung für den Stadtkreis Wiesbaden vom 3. Mai 1917. Die am 24. September 1918 angeordnete Änderung wird wie folgt ersetzt:

Einheitsbrot.

Als Einheitsbrot wird gebaden: Kriegsbrot aus 94% ausgemahlenem Mehl nach der vom Reichrat jeweils festgesetzten Mischma. Die Wochenmenge wird hergestellt in 2 Loiben Brot mit je 1410 Gr. Zeigengewicht und 1200 Gr. Verkaufsgewicht 24 Stunden nach dem Backen.

III. Krautbrot.

Unter Aufhebung der Bestimmungen vom 24. September 1918 werden hiermit folgende Anordnungen über Herstellung von Krautbrot erlassen:

1. Weizenbrot aus 1710 Gr. 94% Weizenmehl einl. 25% Roggenmehl in 2 Loiben Brot mit je 1350 Gr. Zeigengewicht und 1120 Gr. Verkaufsgewicht 24 Stunden nach dem Backen. 2. Graubrot. Als eine Wochenmenge werden 2 Loib Brot verabfolgt mit gleichem Gewicht wie unter Ziffer 1. 3. Zwieback. Eine Wochenmenge beträgt 3 Pakete mit zusammen 1800 Gr. Verkaufsgewicht (jedes Paket 600 Gr.).

IV. Höchstpreise für Brot und Mehl.

Unter Aufhebung der Verordnung vom 24. September 1918 werden folgende Preise ab Verkaufsstelle festgesetzt: für 1 Kriegsbrot von 1200 Gr. Verkaufsgewicht 65 M. für 1 Weizenbrot von 1120 Gr. Verkaufsgewicht 80 M. für 1 Graubrot von 1120 Gr. Verkaufsgewicht 75 M. für 1 Wochenmenge Zwieback von 3 Paketen 4,50 M. für 1 Kilo gemischtes Kriegsbrot 54 M.

Inkrafttreten.

Vorstehende Bestimmungen treten vom 2. Dezember 1918 ab in Kraft. Wiesbaden den 26. November 1918.

Der Ratsherr.

Bekanntmachung.

Zum Durchmarsch der Truppen der Feldarmee ist die Strahnenbrücke Mainz am 28. und 29. November 1918 von 7.30 bis 1 Uhr nachmittags für Wagenverkehr und Straßenbahn gesperrt. Fußgänger dürfen die Brücke passieren. Verbieten ist das Stehenbleiben. Zuwiderhandlungen werden nach dem allgemeinen gültigen Polizeivorschriften bestraft.

Mainz, den 27. November 1918. Der Volkswirtschaftsausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte Mainz-Weilburg.

Gouvernement Mainz. Von Seiten des Gouvernements für den Chef des Stabes. Sommer, Major.